

Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Coburg

Bürgerinitiative wirft der Stadtverwaltung Untätigkeit vor

Creidlitz - Die Stadt Coburg begründete die Genehmigung des Mobilfunkmasts in Creidlitz damit, sie hätte keine Rechtsmittel gehabt, den Antrag abzulehnen oder aufzuschieben. Außer dem Gutachtenauftrag an ein unabhängiges Planungsbüro hinsichtlich einer kommunalen Mobilfunkplanung habe sie bisher keine weiteren Maßnahmen eingeleitet, um die Mobilfunkproblematik auf baurechtlicher Ebene zu regeln. Ein Ergebnis dieses Gutachtens sei erst im Laufe des Jahres 2008 zu erwarten. Nach Ansicht der Regierung Oberfranken hätte die Stadt nur etwas gegen die Baugenehmigung unternehmen können, wenn sie einen Beschluß über eine Bebauungsplanänderung gefasst hätte. So ein Beschluß liege nicht vor, deshalb sei die Genehmigungspraxis der Stadt korrekt. Weiterhin stellte die Regierung aber genauso klar, dass die Umsetzung des Bürgerbegehrens für die Stadt verpflichtend sei.

Die Bürgerinitiative hat daraufhin die Rechtsaufsichtsbeschwerde erweitert und der Stadt Untätigkeit vorgeworfen. Das Bürgerbegehren verpflichtet die Stadt, alle juristisch denkbaren Schritte

Fortsetzung nächste Seite

Kommunalwahlen:

Die Bürgerinitiative hat die alle OB-Kandidaten und die Vorsitzenden der kandidierenden Parteien und Gruppierungen befragt

Coburg - Wegen der anstehenden Kommunalwahlen hat die „Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V.“ Fragebögen an die Kandidaten und Gruppierungen in Coburg verschickt. Die Resonanz war sehr unterschiedlich, bis auf den gegenwärtigen OB Kastner und Herrn Amend, den Kandidaten der CSB, haben jedoch alle OB-Kandidaten geantwortet. Von den Vorsitzenden der Fraktionen und kandidierenden Gruppen gingen Stellungnahmen nacheinander ein von FDP, Bündnis 90/Die Grünen, CSU, ödp und JC. Nicht geantwortet haben SPD, CSB und FW. Die Gruppierung „Bürgerbewegung Coburg“ war noch nicht zugelassen zum Zeitpunkt der Befragung und hat keinen Fragebogen erhalten.

Dass OB Kastner und die SPD nicht auf den Fragebogen antworteten, verwundert nicht, führt doch die Bürgerinitiative gegenwärtig eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen den OB wegen Untätigkeit im Hinblick auf das Bürgerbegehren „Sendeanlagen“ vom Februar 2007. Dem Bürgerbegehren wurde mit den Stimmen der Opposition im Stadtrat Abhilfe geschaffen,

was gleichbedeutend ist mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid. Vielmehr zeigt sich OB Kastner jedoch demonstrativ und großformatig auf einem seiner Wahlplakate während eines Telefonats mit dem Handy am Ohr (s. Foto).

Warum die CSB und ihr Kandidat Amend sowie die FW sich nicht zum Thema Mobilfunk äußern, ist unklar, da doch die gleichen Leute noch alle für den Abhilfebeschluss für das Bürgerbegehren „Sende-



Ausschnitt eines Coburger Wahlplakats: OB Kastner's „kritische“ Haltung zum Thema Mobilkommunikation

anlagen“ gestimmt haben. Im CSB-Wahlprogramm sind die Themen Mobilfunk und kommunale Mobilfunkplanung allerdings mit keinem Wort erwähnt. Die Antworten der anderen Kandidaten sind auf der nächsten Seite zusammengefasst, die beantworteten Originalfragebögen sind auf der Homepage der Bürgerinitiative abrufbar (www.forum-mobilfunk.de).

Fallstudie bestätigt erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung

Hausmannstätten - Ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung ist im Umkreis von 200m um eine Mobilfunkanlage für das C-Netz nachgewiesen worden, die nach 13 Jahren Betrieb 1997 abgebaut wurde.

In der vom Gesundheitsressort des Landes Steiermark im Jahr 2005 in Auftrag gegebenen Studie fand

8,5-faches Krebsrisiko

der Salzburger Umweltmediziner Dr. Gerd Oberfeld bei einer Strahlungsbelastung von $> 1000 \mu\text{W}/\text{m}^2$ ein 5 bis 8,5-fach erhöhtes Krebsrisiko für alle Tumorarten. Für Brustkrebs war das Risiko sogar 22,5-fach und bei Hirn-

Brust und Gehirn extrem empfindlich

tumoren 121-fach erhöht, wenn die Menschen länger als fünf Jahre neben dem Sender gelebt hatten.

Die Studie wurde im Februar 2008 veröffentlicht und bestätigt die Ergebnisse der Naila-Studie aus dem Jahr 2004, bei welcher sich im Umkreis eines Mobilfunksenders (hier D-Netz) nach 5 bis 10 Jahren das Krebsrisiko verdreifacht hatte.

Quelle: <http://www.iddd.de/umtsno/60krebs.htm>

Rechtsaufsichtsbeschwerde ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schnellstmöglich einzuleiten, die zur Umsetzung der Ziele des Bürgerbegehrens erforderlich sind. Der erste Schritt wäre gewesen, einen Beschluss zur Änderung der Bebauungspläne herbeizuführen. Schon im Mai 2007 forderte die Bürgerinitiative vom Oberbürgermeister, endlich die als Grundlage für eine Veränderungssperre erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des Bürgerbegehrens zu fassen. Seitens der Stadt wurde diese Forderung bis heute ignoriert. Auch das Angebot der Bür-

gerinitiative zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurde nicht wahrgenommen.

Mittlerweile hat die Regierung von Oberfranken ihre Meinung bekräftigt, dass die Stadt Coburg ausreichend auf das Bürgerbegehren aktiv geworden sei, einen Grund zum rechtsaufsichtlichen Einschreiten sehe sie nicht. Die Bürgerinitiative ist hier anderer Meinung, sie wird sich diesmal unter noch detaillierterer Darlegung ihrer Argumente an die oberste bayerische Baubehörde wenden. Siehe auch unter www.forum-mobilfunk.de

Kandidatenbefragung: Position der ökologisch orientierten Parteien (ödp und B90/Die Grünen)

Kooperation mit der Bürgerinitiative Mobilfunk ist eine Selbstverständlichkeit

Coburg - Der OB-Kandidat Benzel und B90/Die Grünen beschäftigen sich seit Jahren mit dem Thema Mobilfunk und haben selbst schon diesbezügliche Informationsveranstaltungen durchgeführt. Sie unterstützen die Bürgerinitiative und das von ihr initiierte Standortgutachten. In Zukunft solle Coburg ein Vorbild hinsichtlich der Eindämmung des Elektrosmog sein, der Weg dort hin führt über ein die Bürger integrierendes, kommunales Standortkonzept. Vereinbarungen

Vorbildhaft elektrosmogarme Stadt

mit den Netzbetreibern sollen dazu führen, dass die Strahlungsbelastung sehr niedrig liegt. Neue Techniken und geschickte Standortwahl ermöglichen dennoch ein gut funktionierendes Mobilfunknetz. Sensible Bereiche wie Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen und

Kindergärten sollten durch ein Netz kleiner Sende- und Empfangsanlagen mit niedrigen Aus- und Eingangsleistungen der Mobilfunkstrahlung versorgt werden. Öffentliche Gebäude und Schulen sollen ganz auf W-Lan verzichten. Gemeinsam mit anderen Gemeinden soll die Stadt Coburg bei der Bundesregierung auf eine extreme Absenkung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte hinwirken.

Der ödp-Kandidat Dr. Klumpers ist genau wie auch Herr Benzel Mitglied der Bürgerinitiative Mobilfunk und hat ihre sämtlichen bisherigen Aktivitäten unterstützt. Unter anderem hat er am Bürgerbegehren „Sendeanlagen“ mitgewirkt. Sein Ziel ist die Durchsetzung der staatlich vorgeschriebenen Vorsorgemaßnahmen. Die ödp möchte auch in jedem Fall die Strahlungsleistung von Mobilfunkanlagen vermindern,

Kandidatenbefragung: Antworten aus dem bürgerlichen Lager von CSU, FDP und JC

Die Anliegen der Bürgerinitiative Mobilfunk wurden und werden auch zukünftig unterstützt

Coburg - Die Parteien und Gruppierungen des bürgerlichen Lagers äußerten sich folgendermaßen:

Die OB-Kandidatin Lochner bzw. die CSU unterstützten schon bisher z.T. aktiv die Bürgerinitiative. Auch wurde der Abhilfebeschluss bezüglich des Bürgerbegehrens „Sendeanlagen“ unterstützt. Leider schränke die Bundesgesetzgebung die Möglichkeiten der Kommunen ein, vorhandene Spielräume sollten aber im Sinne der Gesundheitsvorsorge ausgeschöpft werden. Die CSU ha-

Gesundheitsvorsorge und kommunale Mobilfunkplanung

be sich zum Ziel gesetzt, eine flächendeckende Mobilfunkplanung mit Positivstandorten in Coburg umzusetzen. Ziel dabei sei eine möglichst niedrige Strahlenbelastung für alle Coburger Bürger. Die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Mobilfunk stehe ganz unter dem Motto „miteinander, nicht parallel nebeneinander“. Die im Wahlprogramm betonte bürger- und familienfreundliche

Politik bedeutet für die CSU auch eine möglichst gesundheitsverträgliche Strahlenbelastung für Kinder und Erwachsene.

Die JC möchten Mobilfunksender von Wohngebieten, Schulen, Kindergärten und Altenheimen fern halten. Anhand einer unabhängigen

Mobilfunkpakt II

Standortanalyse möchten sie mit den Betreibern im Rahmen des Mobilfunkpakts II verhandeln (Anm.: Die BI stuft den Mobilfunkpakt II als äußerst problematisch ein). Kooperation mit der Bürgerinitiative wird angeboten. Die FDP hat bisherige Initiativen zur Regulierung des Mobilfunkausbaus im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes unterstützt. Dr. Eidt schätzt allerdings die Möglichkeiten der Stadt und des Stadtrats als sehr begrenzt ein. Sein Ziel wäre, die Umgebung neuralgischer Punkte (Schulen, dicht besiedelte Wohngebiete, Kindergärten o.ä.) frei von Sendern zu halten. Die Stadt müsse Einfluss auf die Betreiber ausüben, sich an diese Ziele zu halten.

im Idealfall sogar deren teilweise Entfernung. Für Anregungen der Bürgerinitiative ist Dr. Klumpers dankbar, sofern es wie bisher um die ernst zu nehmenden Sorgen der Bürger geht. Er geht sogar noch weiter und fordert Gesetzesinitiativen,

Haftpflichtversicherung für den Betrieb von Sendeanlagen

die die Mobilfunkbetreiber zu einer Haftungsversicherung verpflichten, die selbstverständlich konkursfest sein müsse. Dies müsse als Vor-

aussetzung für den Betrieb ihrer Anlagen vorgeschrieben werden. Das Verursacherprinzip ist eine gängige Rechtspraxis in anderen Bereichen (z.B. Kfz-Haftpflicht). Beim Betrieb von Mobilfunkanlagen sei dieses Prinzip „zufällig“ völlig ausgeblendet worden.

Impressum:

Herausgeber und Verleger:
Bürgerinitiative Mobilfunk in
Coburg e.V., Am Wegfeld 19,
96450 Coburg
www.forum-mobilfunk.de
Redaktion (verantwortl. i.S.d.P.):
Dr. Gerd Kleilein